

Der Green New Deal und die Transformation des Kapitalismus

Der Kapitalismus steckt seit der Finanzmarktkrise von 2008 in einer Krise des herrschenden Akkumulationsmodells, dessen ungelöste Widersprüche durch die Corona-Krise von 2020 nochmals offengelegt und verschärft wurden. Eine staatlich stimulierte und finanzierte Belebung der Realakkumulation soll diese Krise im Zuge einer Modernisierung der Produktionsweise – Dekarbonisierung und Digitalisierung sind die Schlagworte – überwinden und einen neuen Wachstumszyklus einleiten. Das Heft 202 der Prokla¹ stellt sowohl kapitalismuskritische² als auch prokapitalistische Konzepte eines Green New Deal (GND) vor und kritisiert diese. Dabei geht es einmal um die Frage, ob die von allen Konzepten mehr oder weniger explizit unterstellte Entkoppelung zwischen Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch realistisch ist: „Ein Green New Deal ist letztlich eine ökonomisch unrealistische und ökologisch ungenügende Perspektive“, fasst *Christian Zeller* diese Kritik zusammen und zeigt, dass diese Entkoppelung u.a. wegen der ‚Rebound‘-Effekte nicht stattfindet (48). Von feministischer Seite wird eingewandt, dass die GND-Konzepte mit ihrer Fixierung auf Markteffizienz Gefahr laufen, „strukturelle Ursachen von Ungleichheiten“ zu bestärken (Spitzner, 95). Trotz dieser Kritik verweisen alle Beiträge – ähnlich wie Katharina Schramm in „Z“ – auf das Mobilisierungspotential der New-Deal Programme hin und sehen Möglichkeiten, dass diese zum Ausgangspunkt einer Transformation des Kapitalismus werden könnten. Die mit den GND-Programmen angestrebte „sozial-ökologische Reform des Kapitalismus“ könne, ausgehend von einer „Bündnispolitik“ auch mit Teilen des Kapitals, eine Transformationsdynamik einleiten, die am Ende kapitalistische Grundstrukturen in Frage stellt. Insbesondere der Beitrag von *Morgenthaler/Thiele* versucht, eine entsprechende Mobilisierungsstrategie zu entwickeln, die – unter Rückgriff auf den Transformationsansatz von Erik Olin Wright – drei Stufen hat: Im Rahmen eines breiten Bündnisses wird ein „ökokeynesianisches Konjunkturprogramm“ durchgesetzt, in dessen Rahmen jene Bereiche gestärkt werden, die dem kapitalistischen Verwertungszwang entzogen sind. Dadurch würde „der Spielraum für private Kapitalverwertung auf immer kleinere und immer stärker regulierte (Rand)Bereiche der Ökonomie verengt.“ (66). Entscheidend sei, dass dadurch dauerhaft Gegenmacht aufgebaut würde. Ohne dass dies hier diskutiert werden kann sei kritisch auf die Geschichtslosigkeit der Darstellung verwiesen. Den Autorinnen scheint nicht bewusst zu sein, dass ihr Konzept in einer langen historischen Tradition steht: Von Marx‘ Qualifizierung der „Kooperativfabriken“ als „Sieg der politischen Ökonomie der Arbeit über die politische Ökonomie des Kapitals“ in der Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation (MEW

¹ Prokla. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft, 51. Jahrgang, Nr. 1, März 2021, Green New Deal!? Wie rot ist das neue Grün? Berlin

² Ausführlicher zu den Konzepten der britischen und us-amerikanischen Linken: Katharina Schramm, Radikal bis neoliberal-aktuelle Konzepte des Green New Deal, in: Z 121 (März 2020)

16, 11) über die Genossenschaftsbewegung und die ‚freigemeinwirtschaftlichen‘ Unternehmen der Weimarer Zeit und der frühen BRD bis hin zur ‚Dualwirtschaftskonzeption‘ der 1980er Jahre hat es immer wieder vergleichbare Ansätze gegeben, die u.a. wegen ihrer Anbindung an reformistisch/prokapitalistische Organisationen und Parteien mehr oder weniger krachend gescheitert sind.³ Dies spricht nicht per se gegen den hier vorgestellten Ansatz, verweist aber auf die Notwendigkeit, historische Erfahrungen produktiv zu verarbeiten.

Obwohl nur mittelbar mit dem Thema verbunden sei besonders der Beitrag von *Ingo Stützle* zur Modern Monetary Theorie empfohlen. Die MMT hält neoliberalen Kritikern der GND-Programme, die auf die Gefahr der Staatsverschuldung verweisen, entgegen, diese sei deshalb unproblematisch, weil Geld ja eigentlich nur ein staatliches Instrument zur Mobilisierung von produktiven Ressourcen sei. Stützle kritisiert die MMT unter Rückgriff auf die Marx'sche Geldtheorie und weist auf die Unterordnung des modernen Geldes unter die Zwänge der Kapitalverwertung hin. Neben dieser Kritik gelingt Stützle eine auch für Laien gut verständliche Darstellung der Stärken und Defizite der Marx'schen Geldtheorie. Er zeigt, in welcher Sackgasse man landet, wenn man davon ausgeht, „dass Geld seinem Wesen nach Kredit“ (74) sei, wie es auch viele ‚alternative‘ Geldtheorien tun, die glauben, den Kapitalismus über Geldreformen abschaffen zu können.

Der Prokla-Redaktion ist ein konsistentes, gut lesbares und praxisorientiertes Heft gelungen, das die Thematik von allen relevanten Seiten beleuchtet und zugleich informativ wie anregend ist.

Jörg Goldberg

Klima und Kapital

Seit mehreren Jahren wird in der Zeitschrift *New Left Review* intensiv über Ökologie, Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch in kapitalistischen Gesellschaften diskutiert. Die Ausgabe für Januar und Februar 2021 enthält einen umfangreichen Aufsatz der Philosophin Nancy Fraser über das „Klima des Kapitals“.¹ Klimapolitik, so die Autorin, sei heute allgegenwärtig und nicht mehr allein Sache von Umweltschutzorganisationen. Einerseits würden sich immer mehr Menschen der Tatsache bewusst, dass die globale Erwärmung die gesellschaftlichen Grundlagen menschlichen Lebens bedrohe, andererseits gebe es keinen Konsens über die gesellschaftlichen Triebkräfte der Klimaveränderungen. Für Fraser ist der Kapitalismus im doppelten Sinne für die ökologische Krise verantwortlich – zum einen empirisch, da das Gros der historischen und aktuellen Treibhausgasemissionen aufs Konto kapitalistischer Gesellschaften gehe, zum anderen in systemischer Hinsicht, da der Zwang zum Profit den Verbrauch scheinbar kosten-

³ MSF Informationsbericht 45, Neue Heimat, Gemeinwirtschaft, Gewerkschaften. Zwischen Marktwirtschaft und Bankenmacht, Frankfurt/M., 1987.

¹ *New Left Review*, 127, Jan./Feb. 2021

loser Ressourcen belohne. Vorkapitalistische und realsozialistische Gesellschaften hätten zwar auch ökologische Zerstörungen angerichtet, diese seien aber nicht ihre Existenzbedingung gewesen. Unter Kapitalismus versteht Fraser dabei nicht nur eine Produktionsweise, sondern eine Gesellschaftsformation, die das gesellschaftliche Leben in verschiedene Sphären einteilt. Natur, Politik und Sorgearbeit erscheinen demnach als von der Ökonomie getrennt, sind aber in Wirklichkeit eng mit ihr verbunden. Vor diesem Hintergrund plädiert die Autorin für einen Ökosozialismus und für ein entsprechendes Bündnis umweltpolitischer und antikapitalistischer Bewegungen. Eine entscheidende Schwachstelle ihrer Argumentation besteht hier allerdings darin, dass sie den Faktor Zeit nicht hinreichend berücksichtigt. Die entscheidenden Reduktionen von Treibhausgasemissionen müssen in den nächsten ein bis zwei Jahrzehnten erreicht werden, wenn man verhindern will, dass die Folgen des Erwärmungsprozesses unkontrollierbar eskalieren. In diesem eng bemessenen Zeitraum lässt sich keine neue globale Produktionsweise durchsetzen. Die von Fraser genannten Kräfte können nur versuchen, an Stärke zu gewinnen und im Kampf mit anderen gesellschaftlichen Konfliktparteien einen möglichst positiven Einfluss auf die Klimapolitik zu nehmen.

Michael Zander

Bodenfrage

Der aktuelle Relevanzgewinn der Bodenfrage ist nichts Neues. Diese Frage wird immer dann zu einem prioritären Thema, wenn tiefgreifende Veränderungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise mit einem weitreichenden Umbau städtischer (Siedlungs-)Strukturen einhergehen. Dies war mit dem Ende der 1960er Jahre im Kontext zunehmender internationaler Konkurrenz und Arbeitsteilung einsetzenden wirtschaftlichen Strukturwandel (mit De-Industrialisierung und Tertiärisierung) der Fall: mit umfangreichen siedlungsstrukturellen Veränderungen, horrenden Miet- und Bodenpreissteigerungen und einer massiven Verdrängungskonkurrenz in den City- und Cityrandlagen vor allem großer Städte. Gegenwärtig trifft dies erneut zu: mit dem Siegeszug des Finanzmarktkapitalismus, der neoliberalen Globalisierung sowie veränderten, immer stärker den Immobiliensektor einbeziehenden Strategien der Kapitalverwertung und Kapitalanlage.

Nach einem „30-jährigen Stillstand in puncto Bodenreform“ (so der frühere Münchener OB *Christian Ude*) wird inzwischen auf Seiten der öffentlichen Hand wieder verstärkt über boden- und wohnungspolitische Eingriffe diskutiert, und auch von Medien und Wissenschaft wird der Brisanz der aktuellen Boden- und Wohnungsproblematik zunehmend Rechnung getragen. Dies geschieht auch in der Monatszeitschrift OXI, deren Aprilheft 2021¹ sich ausführlich mit dem Schwerpunkt „Boden“ beschäftigt. Das Besondere dieses Heftes ist, dass die nahezu 20 Beiträge über die in der aktuellen Diskussion vorherrschenden Boden- und Woh-

¹ OXI. Wirtschaft anders denken. Monatszeitung, Nr. 4/2021, Schwerpunkt Boden.

nungsprobleme weit hinausgehen und ein breites Feld abstecken: von der sogenannten ursprünglichen Akkumulation und der Genese des kapitalistischen Privateigentums an Grund und Boden über die aktuelle Nutzung und Verwertung von Boden infolge weitreichender ökonomischer Restrukturierungsprozesse – nicht allein in den kapitalistischen Kernländern, sondern auch im globalen Süden und in China – bis zu bodenpolitischen Interventionen und (Einstiegs-)strategien im Sinne einer Vergesellschaftung des Bodens.

Kathrin Gerlof weist eingangs kurz darauf hin, dass große Bodenflächen in England noch bis Ende des 17. Jahrhunderts entweder „Allmende“ (Gemeinbesitz) oder im Besitz von Grundherren waren, die sie, so *Antonella Muzzupappa*, „selbstwirtschaftenden Bauern“ für einen Anteil an den Bodenerträgen zur Bearbeitung überließen. Im Zuge der sogenannten ursprünglichen Akkumulation (die für *Friederike Habermann* im globalen Süden „bis zum heutigen Tage“ anhält) und mit „Dekreten der Volksexpropriation“ (Marx) wurde das Gemeineigentum privatisiert; wurden die den Boden bearbeitenden Bauern vertrieben und ihrer Arbeitsmittel enteignet und damit die Voraussetzungen für ein neues, das industriekapitalistische Produktionsverhältnis geschaffen. „Die Vertreibung der Bauern von ihren Feldern“ ist nach *Antonella Muzzupappa* „viel mehr als eine bloße Eigentumsübertragung. Mit dieser Privatisierung wird die Grundlage einer neuen Gesellschaft geschaffen, die Basis für Kapitalverhältnisse gelegt“.

Mit der Frage nach der Funktion des Bodens setzt sich *Heinz J. Bontrup* in einem kurzen historischen Rückblick auseinander. Zwei Positionen werden hier gegenübergestellt: von der einen, der auch gegenwärtig vorherrschenden, wird Boden als eigenständiger, eine Rente abwerfender Produktionsfaktor gesehen – wie Kapital und Arbeit (eine Definition, die sich auch durch andere Beiträge des Heftes zieht), von der anderen, von Seiten der politischen Ökonomie, wird Boden als die natürliche Voraussetzung für darauf stattfindende Nutzungen gesehen. Die Rente für das vom Grundeigentümer zugestandene Nutzungsrecht wird hier nicht durch den Boden, sondern durch die auf ihm verrichtete menschliche Arbeit geschaffen.

Die meisten Beiträge beschäftigen sich mit der Verwertung von städtischem Boden und Agrarland im Kontext tiefgreifender Veränderungen wirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Am Beispiel von Frankfurt/Main beschreibt *Bernd Belina* die gegenwärtigen Entwicklungen auf dem städtischen Bodenmarkt: renditeorientierte lageabhängige Verwertung des Boden auf der Basis privater Eigentumstitel, Relevanzgewinn des Finanzkapitals und anderer Monopolpreise zahlender Akteure, steigende Grundrenten und Bodenpreise sowie gleichfalls steigende, durch die Zahlungsfähigkeit von Mietern und staatliche Regulierung begrenzte Miet- und Wohnungspreise. Der Bedeutungsgewinn des Bodens für Finanzinvestoren („Betongold“) steht auch im Mittelpunkt des Beitrags von *Stephan Kaufmann*. Anschaulich werden der Zusammenhang von Bodenrente und Bodenpreis (als ihrer kapitalisierten Form) und sich ändernden Zinsniveaus sowie weitere Besonderheiten städtischer Immobilienmärkte beschrieben: Orientierung von Miethöhen an erwarteten Bodenwertsteigerungen sowie finanzmarktvermittelte Finanzialisierung von Grund und Boden am Beispiel börsennotierter Immobiliengesellschaften.

Die ökonomische Restrukturierung und ihre Auswirkungen haben inzwischen auch landwirtschaftliche Flächen erfasst. *Hendrik Lasch* zeigt, wie auch diese in Zeiten niedriger Zinsen für Investoren aus dem nicht-agrarischen Bereich zu Kapitalanlage- und Spekulationsobjekten werden. Kritisch beleuchtet wird der Einsatz sogenannter „Share Deals“, bei denen nicht Boden, sondern Anteile von (Agrar-)Unternehmen gekauft werden, denen der Boden gehört und die eigens zu diesem Zweck gegründet wurden.

Vor allem im globalen Süden gibt es nach *Kristina Dietz* spezifische weltmarktvermittelte Ursachen für den Relevanzgewinn ländlichen Bodens. „Die rohstoffintensiven Konsum- und Produktionsweisen der Mittel- und Oberschichten im globalen Süden und Norden“, die Suche nach sicheren Anlagefeldern für privates Kapital wie auch der „grüne sozio-technologische Umbau der Wirtschaft“ zu einer „elektrifizierten High-Tech-Wirtschaft“ lassen vielfältig genutzte Agrarflächen zu Minen (für den Abbau von Bodenschätzen), Monokulturen und Spekulationsobjekten werden. Die Verfügung über den Boden und seinen Untergrund liegt in der Regel in den Händen internationaler Investoren, denen er im Zuge tiefgreifender politisch-ökonomischer Strukturreformen wie Liberalisierung und Privatisierung übereignet wurde. Die Konsequenzen sind weitreichende ökologische und soziale Verwerfungen wie Zerstörung indigener Lebensgrundlagen und Vertreibung der ländlichen Bevölkerung. Aber auch staatliche Verfügungsgewalt über den Boden – dies zeigen die Beiträge über Indien (*Ruby Hembrom*) und die Volksrepublik China (*Felix Wemheuer*) – bedeutet keinen Schutz für Bewohner und Nutzer ländlicher Räume. In Indien haben der „Ressourcenfluch“, Industrialisierung und Urbanisierung zur Vertreibung und Verarmung großer Bevölkerungsgruppen geführt. Und in der Volksrepublik China waren es wiederholte Land- und Gebietsreformen, die auf Agrarflächen industrielle Großbetriebe haben entstehen lassen und zur Vertreibung bäuerlicher Nutzer an den Rand der Metropolen führten. „Gerade die Abwesenheit von Privateigentum an Grund und Boden“ hat in China, so *Felix Wemheuer*, „dem Staat die Möglichkeit einer beschleunigten Durchsetzung des Kapitalismus in der Landwirtschaft“ gegeben.

In mehreren Beiträgen werden schließlich aktuelle Reaktionen auf die tiefgreifenden, den Boden betreffenden Veränderungen thematisiert: sowohl von kommunaler als auch von Nutzerseite. *Bernd Belina* skizziert die alternativen Ansätze der aktuellen Grundsteuerreform (Bodenwert-, Ertragswert- sowie Flächensteuer) und zeigt, dass die breit diskutierte Reform infolge der vom Gesetzgeber beschlossenen und den Bundesländern die Entscheidung über die jeweilige Steuerform überlassenden Öffnungsklausel vermutlich ein zahnloser Tiger bleiben wird. Eine Lösung der aktuellen Wohnungsproblematik wird auch nicht von Baulandoffensive und Baulandbeschluss erwartet, deren Schwerpunkte nach *Belina* auf der Förderung von Mittelschichthaushalten liegen. „Das Eigentum an Grund und Boden (verbleibt) bei Privaten.“ Die negativen Konsequenzen der früheren, auf den breiten Verkauf von Grundstücken setzenden Berliner Liegenschaftspolitik sind die Grundlage der wohnungs- und bodenpolitischen Überlegungen von *Katrin Lompscher*: Stopp der Veräußerung von Grundstücken in kommunalem Besitz, Übertragung an kommunale Wohnungsbaugesellschaften (zur Errichtung von be-

zahlbaren Wohnungen) oder Vergabe an Dritte in Erbpacht sowie Nutzung des kommunalen Vorkaufsrechts in Milieuschutzgebieten. Dessen quantitative Wirksamkeit ist allerdings in wohnungspolitischer Hinsicht infolge spekulativ überhöhter Ertragsersparungen und Immobilienpreise in attraktiven Lagen begrenzt. Die Grenzen kommunalen Handelns werden von *Lompscher vor allem* darin gesehen, dass die Umsetzung öffentlicher Planungsziele in der Regel Privaten unterliegt „deren Handlungslogik (...) in der Regel nicht auf (...) das Wohl der Allgemeinheit ausgerichtet (ist)“. Um leistungslosen Gewinnen bei privatem Bodeneigentum zu begegnen votieren *Stefan Rettich* und *Sabine Tastel* für eine Abschöpfung planungsbedingter Grundrenten- und Bodenwertsteigerungen in Form eines Planungswertausgleichs (für Bodenwertsteigerungen im Kontext kommunaler Planungsmaßnahmen) und einer Besteuerung steigender Bodenwerte über eine Bodenwertzuwachssteuer. Die beiden Autoren stimmen mit *Belina* und *Lompscher* darin überein, dass der Wirksamkeit der meisten Maßnahmen durch das Privateigentum an Grund und Boden enge Grenzen gesetzt sind und dass daher „mehr Fläche in kommunaler Hand“, dass also, so *Lompscher*, Boden „als faktisches Gemeingut nicht in Privatbesitz“ sein sollte. *Belina* verweist in diesem Kontext auf eine Forderung des ehemaligen Oberbürgermeisters von München sowie Bundesbau- und Bundesjustizministers Hans-Jochen Vogel, „Eigentum von Grund und Boden wegen seines besonderen Charakters so weit wie möglich aus dem Herrschaftsbereich des Marktes herauszulösen und den Regeln des Allgemeinwohls zu unterstellen“ und votiert für „eine Ausweitung des (...) Instruments der Enteignung (...) bzw. Vergesellschaftung von Grund und Boden“. Mit Blick auf die Erfahrungen aus Ländern mit staatlicher Verfügungsgewalt über Grund und Boden wie der VR China u.ä. sollten Enteignungen, so der Rezensent, jedoch stets eine Vergesellschaftung – mit der Einrichtung demokratischer und transparenter Entscheidungsstrukturen – zum Ziel haben.

Zwei, wenn auch quantitativ begrenzte, aber in die richtige Richtung weisende und von ihren Nutzer*innen initiierte Einstiegsprojekte werden von *Hannah Gerlof* und *Regine Beyss* diskutiert. Dabei geht es zum einen um das 1992 entstandene und auf die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums setzende Mietshäuser-Syndikat (MHS), einen deutschlandweiten Verbund von 160 Hausprojekten, bei dem das „Gemeineigentum an Grund und Boden“ eine zentrale Rolle spielt. Auf eine Übertragung der Ziele und Strukturen des MHS auf landwirtschaftliche Flächen setzt zum anderen das sogenannte Ackersyndikat. Dieses hat einen Solidarverbund selbstverwalteter Höfe zum Ziel, will Boden gleichfalls dem Kapitalmarkt entziehen und begreift sich als „Teil einer sozial-ökologischen Transformation“ von unten.

Die Beiträge des OXI – Heftes sind bunt gemischt. Die in der Rezension vorgestellte Struktur erschließt sich nicht auf den ersten Blick. Sie ist das Ergebnis einer mehrfachen, mit wachsendem Interesse verbundenen Lektüre.

Werner Hein